

Presseinformation 29/2024

Verbrennung einstellen!

Die planetarische Grenze für den Klimaschutz ist eine Treibhausgaskonzentration unter 350 ppm. Das UN Environment Programm veröffentlichte kürzlich eine CO₂-Konzentration von 425 ppm. Damit sollte jedem klar sein, dass weitere Moleküle, die durch Verbrennung in die Atmosphäre emittiert werden, von welchem Ort der Welt auch immer, den zerstörerische Klimawandel beschleunigt statt ihn verringert.

Jede Form der Verbrennung müsste aus dieser Erkenntnis heraus eingestellt und die bereits jetzt schon massiv angehäuften überschüssigen Moleküle wieder der Atmosphäre entnommen werden. Eine Mammutaufgabe, so der Verband für Wirtschaft und Umwelt, die derzeit noch geleistet werden könne. Aber mit Erreichen von viel diskutierten Klima-Kippunkten werde die Hoffnung schwinden, in diesem Jahrhundert noch lebenswerte Umstände auf dem Planeten aufrechtzuerhalten.

Trotzdem überbieten sich Parteien wie CDU/CSU, FDP, AfD oder Sahra Wagenknechts BSW in ihren Forderungen, Verbrennerautos oder Gasheizungen mehr zu fördern und den Klimawandel durch Verbrennungen anzuheizen. Das Festhalten an sterbenden und problembehafteten Technologien als Technologieoffenheit zu verkaufen, ist rückständig und gefährlich. Das in dieser Situation die FDP tatsächlich den Rückbau des Green Deals in der EU fordert oder im Entwurf des Bundeshafts rund Mehrausgaben von 200 Mio. Euro für Luxusautos der Preisklasse 70.000 bis 95.000 Euro in der Förderung des Dienstwagenprivilegs einstellt, ist der Problemlage nicht angemessen. Stattdessen sollen nach FDP-Politik das Deutschlandticket verteuert und die Einführung eines bereits europaweit gültigen Tempolimits in Deutschland verhindert werden. Während sich welt- und europaweit Elektroautos durchsetzen, verharrt Deutschland in einer rückwärtsgewandten Debatte. Wenig hilfreich auch die Abwehrzölle der EU gegen günstige Elektroautos aus dem Ausland, so der nachhaltige Wirtschaftsverband.

Durch diese Art rückständiger Wirtschaftspolitik wurden vor Jahren auch die deutsche Solarindustrie zerstört. Es hat lange gedauert, bis diese konservative Wirtschaftspolitik wieder wenigstens zum Teil korrigiert werden konnte. Zumindest der Ausbau der Solarenergie wurde in den letzten zwei Jahren durch einen kontinuierlichen Rückbau hinderlicher Maßnahmen gefördert. Über 220.000 Balkonkraftwerke wurden im ersten Halbjahr 2024 in Deutschland und mehr als 10.000 Kleinstkraftwerke in Rheinland-Pfalz angeschlossen, so der Landesverband Solarenergie in Rheinland-Pfalz mit Verweis auf das Marktstammdatenregister. Wieso die Zahl der Balkonkraftwerke in Rheinland-Pfalz nicht über den Bundesdurchschnitt gesteigert werden konnte, sei ein Indiz für eine sehr verhaltene Klimapolitik der Landesregierung. Auch hier wünschen sich der Landessolarverband und der VWU Wirtschaftsverband mehr Initiativen und Engagement für die notwendige Beschleunigung der Energie-, Wärme- und Mobilitätswende.

Neustadt a.d.W. | Ebertsheim, den 22. Juli 2024